

**Zeigen Sie, welche Absicht die östliche Darstellung der Ereignisse des 17. Juni verfolgt, und bestimmen Sie den ideologischen Standort.**

Der zum Abitur 2003 vorgelegte Text stammte aus dem Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, also aus einer Quelle, die die offizielle Sichtweise der SED-Führung wiedergibt. Die Zitate beziehen sich auf den Text, sind aber allgemeintypisch, weil sie dem offiziellen Sprachgebrauch der DDR entsprechen. Die Absicht, die mit dem Text verfolgt wird, lässt sich damit schon von vornherein mit einer systemkonformen und linientreuen Selbstrechtfertigung umschreiben.

Der Aufstand vom 17. Juni wird in dem Text als „*konterrevolutionärer Putsch ... faschistischer Elemente und eingeschleuster Provokateure*“ dargestellt. Sie seien „*vor allem aus Westberlin eingeschleust*“ worden und hätten in der DDR dann „*Werk tätige mehrerer Betriebe zur Arbeitsniederlegung ... verleitet*“. „*Gruppen von Provokateuren*“ hätten dann die Führung der Demonstrationen übernommen und Ausschreitungen „*proviziert*“. Aus diesen „*Gruppen von Provokateuren*“ werden im weiteren Verlauf des Textes „*aufgeputschte Horden krimineller und gekaufter Subjekte*“, die „*faschistischen Terror*“ verübten. Ziel dieser – vom Imperialismus gesteuerten – Aktionen sei es gewesen, „*blutige Auseinandersetzungen zu provozieren, die den Westmächten als Anlass für eine militärische Intervention dienen sollten*“.

Die Gegenwehr „*klassenbewusster Arbeiter*“ sei zunächst erfolglos verlaufen, bis „*Einheiten der Sowjetarmee, der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR, klassenbewusste Arbeiter und andere Werk tätige den Putschisten*“ entgegengetreten seien und ihrem „*Wüten*“ ein Ende gesetzt hätten. Damit habe die „*marxistisch-leninistische Führung der SED ... die Einheit und Schlagkraft der Partei und der sozialistischen Staatsmacht*“ gesichert.

Notwendige Konsequenz war nicht nur ein Zusammenbrechen des „*konterrevolutionären Putsches*“, sondern auch die Abkehr der „*irregeleiteten Werk tätigen*“. Die SED habe trotz dieses Putschversuches unbeirrt an der „*Politik des sozialistischen Aufbaus*“ und an dem „*bewährten Bündnis ... mit den anderen Blockparteien und den Massenorganisationen*“ festgehalten.

Die Absicht, die mit diesen Formulierungen verfolgt wird, ist durchsichtig: Der Aufstand ist nicht eine Demonstration der eigenen Arbeiter gegen das eigene System und damit ein Ausdruck des Volkswillens (oder besser Volks-Unwillens), sondern eine Provokation, die ausschließlich von außen gesteuert wird. Die eigene Bevölkerung fällt anfangs darauf herein, erkennt aber zum Ende des Aufstands, dass sie „*gegen ihre eigenen Interessen gehandelt hatte*“.

Die Aktion wird durchweg abgewertet und damit moralisch abqualifiziert: Die „*Provokateure*“ sind faschistisch, kriminell und gekauft und werden in den Rang von Terroristen gerückt. Damit ist auch noch die geringste Sympathie mit den Zielen der Demonstranten unmöglich gemacht – eine Strategie, die bis zum Ende der DDR Erfolg hatte. Mit dieser Abwertung wird jede Diskussion über die inneren Ursachen des Aufstandes (Normenerhöhung, Diktatur, Spaltung Deutschlands) verhindert.

Besonderes Augenmerk erfordert die Bezeichnung „*konterrevolutionärer Putsch*“. Sie impliziert die Rechtmäßigkeit und die (historische) Legitimität einer Revolution,

stellt also eine Gegenbewegung als Verrat an den legitimen Zielen der Revolution und damit einen Verrat an den Zielen der Menschheit dar.

Der ideologische Standort ist damit hinreichend dargestellt, es könnte zusätzlich noch betont werden, dass die Verwendung der Begriffe „Arbeiter- und Bauern-Macht“, „Klassenbewusstsein“, „Werktätige“ und „sozialistische Staatsmacht“ auf der einen, „Imperialismus“, „faschistisch“ und „konterrevolutionär“ auf der anderen Seite Wortschatz und Sprachgebrauch der SED und des Sozialismus kennzeichnen. Es kann darauf hingewiesen werden, dass diese Diktion der Haltung des sozialistischen Lagers in der Zeit des Kalten Krieges entspricht.

**Stellen Sie diesen Wertungen über den 17. Juni Argumente aus westdeutscher Sicht gegenüber.**

Die im Text der Aufgabe vorgebrachten und hier zitierten Wertungen sind nicht nur parteilich, sondern halten auch einer historisch korrekten Überprüfung nicht stand. Der Aufstand des 17. Juni ist Ausdruck einer tiefen Krise des sozialistischen Systems in der DDR und der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der politischen und wirtschaftlichen Lage.

Bleibt man bei der Wortwahl, muss festgestellt werden, dass „imperialistisch“ und „faschistisch“ Begriffe aus der sozialistischen Zwei-Lager-Lehre sind, und im Grunde als Steigerungen des Begriffs „kapitalistisch“ gebraucht werden, um den reaktionären und anti-sozialistischen Charakter einer Politik zu kennzeichnen, die nicht dem sozialistischen Credo folgt. Der Westen kann sich dieser Diktion nicht anschließen, da die eigene Politik weder als „imperialistisch“ im Sinn einer aktiven Unterwerfung der Welt noch als „faschistisch“ im Sinn einer rechtsgerichteten, rassistischen und auf Gewalt und Unterdrückung aufgebauten politisch-gesellschaftlichen Ordnung, sondern im Gegenteil auf einer demokratischen und gleichberechtigten Basis verstanden wird.

Die Systemkrise innerhalb der DDR, die den Aufstand auslöste, ergab sich aus den Beschlüssen der 2. Parteikonferenz der SED 1952, die den vorrangigen Aufbau der Schwerindustrie als Mittel zur Durchsetzung des Sozialismus in der DDR gefordert hatte. Die drauf folgende Verschlechterung der Versorgungslage in der Bevölkerung führte seitens der SED zu schärferen Reglementierungen und zur Bevorzugung der Arbeiterschaft in den Betrieben.

Am 28. Mai 1953 beschloss das ZK des SED eine Erhöhung der Arbeitsnormen um durchschnittlich 10 %, um die Planerfüllung sicherzustellen. Versorgungsschwierigkeiten und Planerhöhung liefen aber zeitgleich mit einem nach Stalins Tod von Moskau ausgehenden Druck, der eine Verbesserung der Lebensbedingungen im Land zum Ziel hatte. Die SED-Führung reagierte zwar am 9. Juni 1953 mit der Verkündung eines „Neuen Kurses“ und dem Versprechen, die Konsumgüterindustrie stärker als bisher geplant auszubauen, nahm aber die Erhöhung der Arbeitsnormen nicht zurück, aber weder auf die Moskauer Forderungen, noch auf den aufkeimenden Widerstand innerhalb der Bevölkerung, sondern hielt an ihrem Kurs fest.

Erste Demonstrationen als Reaktion auf einen Artikel in der FDGB-Zeitschrift „Die Tribüne“ am 16. Juni richteten sich zunächst gegen den FDGB selbst, dann auch gegen die Regierung. Gegen die These von der westdeutsch-faschistischen Infiltration spricht, dass hier Forderungen vor allem nach Rücknahme der Normerhöhungen und

nach Verbesserung der Lebensbedingungen erhoben wurden. Nachdem die Regierung die Forderung nach Gesprächen abgelehnt hatte, riefen die Demonstranten zu Massenprotesten für den nächsten Tag auf.

Diese Demonstrationen griffen von Ostberlin auch auf andere Industriezentren der DDR über. Zu den ursprünglichen wirtschaftlichen Forderungen traten nun als politische Ziele der Rücktritt der Regierung, die Abhaltung freier Wahlen und schließlich die Wiedervereinigung.

Insofern sind die Demonstrationen des 16. und 17. Juni 1953 keineswegs Ausdruck einer vom Westen provozierten kriminellen Energie unter gesellschaftsfernen Elementen, mit denen sich das „klassenbewusste“ Volk der DDR keinesfalls identifizieren könnte, sondern im Gegenteil Ausdruck des fehlenden Selbstbestimmungsrechts gerade der Schichten, die die DDR-Führung als „Vorzeige-Arbeiter“ hatte nutzen wollen und deswegen mit besonderen Vorteilen an sich binden wollte. Dieses Selbstbestimmungsrecht – zusammen mit der verwehrten Meinungsfreiheit – nahmen sie in Anspruch und forderten nicht nur grundsätzliche Reformen, das heißt Abkehr von der sozialistischen Planwirtschaft, sondern auch letztlich die Aufhebung der deutschen Teilung, die ihrem Verständnis nach zu Lasten der DDR-Führung ging.

Nicht den Tatsachen entsprechen weiterhin die Aussagen des Textes, dass die SED-Führung durch entschlossenes Auftreten die Demonstrationen beendet hätte, oder dass die „Mehrheit der irreführten Werktätigen“ sich von den Initiatoren ab- und der SED-Führung wieder zugewandt hätte. Die Niederschlagung des Aufstandes verdankte die SED-Führung allein dem Eingreifen der sowjetischen Truppen und der Verhängung des Ausnahmezustandes, von den Beteiligten wurden 18 Demonstranten von den Sowjets standrechtlich erschossen, 3 von DDR-Gerichten zum Tode und 1386 zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt.

Der Aufstand des 17. Juni gilt im Westen vor allem wegen der hohen Beteiligung der Industrie- und Bauarbeiter, also gerade der Schichten, die von der SED bevorzugt worden waren, als Volksaufstand und als Ausdruck des Volkswillens gegen das diktatorische Regime der SED um Ulbricht. Der Westen – vor allem die Westmächte, denn die Bundesrepublik wäre dazu weder technisch-militärisch, noch politisch in der Lage gewesen – plante in keinem Augenblick ein Eingreifen, was die „Agenten“-These widerlegt.

Was natürlich nicht ganz außer Acht gelassen werden sollte, ist die Tatsache, dass der Westen sehr wohl das „Fenster“ Westberlin zu Agitation (über den Sender RIAS) und auch zu geheimdienstlicher Tätigkeit im Osten nutzte. Dazu gehört aber auch auf der Gegenseite, dass gerade die offiziellen Stellen des RIAS dann schnell das Vorpreschen ihre eigenen Mitarbeiter stoppten, um die Situation nicht weiter anzuhetzen<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> Egon Bahr: Tag der gesamtdeutschen Geschichte Aus Politik und Zeitgeschichte (B 23/2003). Bundeszentrale für politische Bildung. [http://www.bpb.de/publikationen/OBW93M,0,0,Tag\\_der\\_gesamtdeutschen\\_Geschichte.html](http://www.bpb.de/publikationen/OBW93M,0,0,Tag_der_gesamtdeutschen_Geschichte.html)

**Links zum 17. Juni:**

Bundeszentrale für politische Bildung:

<http://www.17juni53.de/home/index.html>

Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg:

<http://www.politische-bildung-brandenburg.de/links/17juni1953.htm>